

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bedanke mich bei den Organisatoren, dass ich hier auf dieser großen Kundgebung sprechen kann.

Der 1. Mai ist ein bedeutungsvoller Tag. Er erinnert uns an die Zustände, wie sie vor hundert Jahren – in der Weimarer Zeit – waren. Und er gibt uns die Möglichkeit, über das Hier und Jetzt und vielleicht auch über die Zukunft ein wenig nachzudenken. Dabei kann man am 1. Mai auch Dinge sagen, die nicht in den Mainstream passen. Das gilt besonders dann, wenn man nicht mehr auf das Wohlwollen irgendwelcher Oberer angewiesen ist.

Natürlich hat es in den vergangenen hundert Jahren eine Menge an Fortschritten gegeben – die ohne Gewerkschaften nicht möglich gewesen wären. Die schwere körperliche Arbeit ist zur Ausnahme geworden, die Arbeitszeit ist sehr viel kürzer als damals. Betriebsräte von heute haben sehr viel mehr Rechte als ihre Vorgänger in der Weimarer Zeit. Die Lebenserwartung der Menschen ist im Durchschnitt um gut zehn Jahre gestiegen. Der Lebensstandard ist ungleich höher.

Aber: Die Fortschritte sind ungleich verteilt. Die Zahl der prekär Beschäftigten beträgt rund ein Drittel. Sie haben kein Einkommen, das ihnen dauerhaft eine

angemessene Existenz sichert. Wer jederzeit seinen Arbeitsplatz verlieren kann, wird sich schwertun, seine Rechte geltend zu machen. Die Praxis dieser Menschen ist von der der Kaiserzeit gar nicht so weit entfernt. Wer keine gesicherte Existenz hat, besitzt meist auch eine geringere Lebenserwartung.

Wie kann man dies ändern? Sicherheit gibt es im Arbeitsleben nur über Tarifverträge.

- Man sollte die OT-Mitgliedschaften in den Arbeitgeberverbänden verbieten. Das geht rechtlich ohne Schwierigkeiten.
- Staatsaufträge dürfen nur an Firmen gehen, die nach Tarif bezahlen.
- Tarifverträge müssen für alle wirken. Die Allgemeinverbindlicherklärung muss erleichtert werden.

Noch ungleicher als die Situation im Arbeitsleben ist die Vermögensverteilung, also die Verteilung dessen, was das letztlich alle geschaffen haben: Die oberen zehn Prozent besitzen ca. 70 % des Gesamtvermögens, das obere 1 % bringt es auf ein Drittel, das oberste Promille – ca. 82000 Menschen – auf 15 Prozent. Die unteren 50 % hinterlassen ihren Erben so gut wie gar nichts.

Wer über ein hohes Vermögen und über ein hohes Einkommen verfügt, hat auch politischen Einfluss. Wollen wir, dass es immer so bleibt? Wir gehen davon aus, dass wir in einer demokratischen Gesellschaft leben, dass das Volk souverän ist und mit Hilfe der gewählten Parlamentarier bestimmen kann, in welche

Richtung wir uns weiterentwickeln. Diese Überzeugung tragen wir insbesondere dann zur Schau, wenn es um den Vergleich mit autoritären Staaten geht – da sind wir doch einfach viel, viel besser, da sind wir die Guten. Aber wo sind die Beispiele, in denen sich die Interessen der breiten Bevölkerung durchgesetzt hätten, wo demokratische Mechanismen wirklich etwas geändert haben? Bei der Vermögensverteilung jedenfalls nicht. Mir kommt da immer der natürlich sehr zugespitzte Spruch von Volker Pispers in den Sinn: Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie längst verboten.

Nehmt als weiteres Beispiel die Renten. Nach einem langen Arbeitsleben bekommt der Arbeitnehmer bestenfalls 48 % dessen, was er bisher verdient hat. Beamte bekommen demgegenüber gut 70 Prozent. Das sei ihnen gegönnt, aber warum muss es bei den normalen Rentnern so wenig sein? Das hängt entscheidend mit der Finanzierung der Rentenversicherung zusammen. Beiträge werden allein von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geleistet. Warum sind Selbständige, Beamte und Abgeordnete nicht beteiligt? Warum muss ein Vermieter auf die Miete nur Steuern, aber keine Sozialabgaben bezahlen? In Österreich ist das anders, weshalb die Renten auch im Durchschnitt um ca. 800 Euro höherliegen als bei uns. Irgendwie hat das Volk in Deutschland auch hier Schwierigkeiten, seine Interessen zum Ausdruck zu bringen und die demokratischen Mechanismen in Gang zu setzen.

Die Gewerkschaften kritisieren die Vermögensverteilung wie die Rentenpolitik. Aber meist bleibt es bei der Kritik. Schließlich soll die Sozialpartnerschaft nicht in Gefahr geraten, man würde doch zum Außenseiter, wenn man es als Vorbild hinstellen würde, dass es wegen der Renten in manchen Ländern schon Generalstreiks und wochenlange Proteste gegeben hat. Schließlich sollen ja die Gesprächspartner in den Ministerien und im Parlament nicht vor den Kopf gestoßen werden. Viele haben diese Form von Politik wahrgenommen und sich von der Gewerkschaft abgewandt. Das sollte sich ändern.

Anders sieht es dort aus, wo für Inflationsausgleich und Lohnerhöhung gekämpft wurde. Ja, man hat im letzten Jahr den Streik als Handlungsform geradezu wiederentdeckt. Verdi hat erstmals seit vielen Jahren einen großen und deutlichen Mitgliederzuwachs und das ist gut so. Auch die Zusammenarbeit mit Fridays for Future war ein neues Element; Klimaschutz betrifft alle, und da sollte sich eine Gewerkschaft in der Tat einmischen. Ihr erinnert Euch sicher an Hermann Scheer, der dies schon zu einer Zeit gemacht hat, als die meisten noch gar nichts davon wussten. Es gibt nicht nur die braven Sozialpartner in der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Gefordert sind Gewerkschaften auch durch die Entwicklung in anderen Ländern, durch die geostrategische Situation. Der Ukrainekrieg ist eine humanitäre Katastrophe von enormem Ausmaß. Die Menschen leiden unter Gewalt,

Vertreibung und Zerstörung. Das einzige Rezept, das unsere Regierenden anbieten, sind Waffen, Waffen, Waffen. Das führt dazu, dass jeden Tag Hunderte von Menschen sterben. Darüber berichten unsere Medien nicht; irgendwie ist es deshalb unwirklich geworden, wir werden uns dieser Tatsache nicht mehr bewusst.

In der Gegenwart müssen wir uns fragen: Sollen wir unsere begrenzten Ressourcen wirklich für Krieg und Zerstörung verwenden? Jeder Euro, der für Waffen und Militär ausgegeben wird, ist ein verlorener Euro. Er fehlt bei der Bildung, bei der Pflege, bei der Infrastruktur, beim Schutz der Umwelt. Und genau deshalb müssen auch die Gewerkschaften hier aktiv werden und dürfen die Entscheidungen nicht der Regierung überlassen. Es ist höchste Zeit, dass wir unsere Prioritäten überdenken. Anstatt Geld in einen sinnlosen Krieg zu stecken, sollten wir es für den Aufbau einer besseren Zukunft einsetzen.

Und die Ukraine? Es geht nicht darum, sie einfach den Russen zu überlassen. Es geht allein darum, sobald als möglich einen Waffenstillstand zu erreichen. Wie wäre es, wenn unsere Regierung erklären würde, dass sie keine Waffen mehr liefert, wenn auch die Russen mit einem Waffenstillstand einverstanden sind? Das würde natürlich eine Menge Mut voraussetzen. Man müsste selbständig agieren, ohne sich vorher in Washington ein O.K. zu holen. Das bringt Risiken mit sich: Es könnte noch mehr unfreundliche Kommentare geben. Doch es gäbe

auch viel Unterstützung, wenn der Kanzler für den Frieden aktiv würde. Seine Partei hat durch die Hartz-Reformen viel von ihrem Ansehen eingebüßt und massenhaft Wähler verloren. Für viele ist sie aber in der Tradition Willy Brandts und der Ostpolitik immer noch eine Friedenspartei, und auch das wird jetzt kaputt gemacht. 1998 hatte sie noch 41 Prozent; nun geben ihr die Meinungsumfragen gerade mal 16 %. Wäre da nicht ein bisschen Selbstkritik angebracht? Es reicht nicht mehr aus, sich bedingungslos mit der US-Regierungspolitik zu solidarisieren, wir haben als Deutsche auch eigene Interessen. Es muss nicht erst die AFD kommen, um uns das zu sagen.

Diese eigenen Interessen verlangen, dass wir nicht einfach auf unbestimmte Zeit immer mehr Waffen und Geld in die Ukraine schicken. Wir sind an Frieden in Europa interessiert, wir wollen nicht, dass geschossen wird oder dass es gar zu einer nuklearen Eskalation kommt. Wir sind an friedlichem Handel interessiert und dabei darf kein Land ausgeschlossen werden. Die Sanktionspolitik hat den Russen nicht wirklich geschadet, aber bei uns die Energiepreise hochgetrieben, so hoch, dass Unternehmen aus Deutschland abwandern, weil sie anderswo nur ein Sechstel von dem bezahlen, was sie bei uns aufwenden müssen. Ist das eine kluge Politik? Warum haben die Gewerkschaften hier nicht protestiert?

Aber wir haben doch eine wertegeleitete Außenpolitik – werden manche erwidern. Dafür muss man eben auch Opfer bringen. Das Gute muss siegen, auch wenn man zehn Jahre lang Waffen liefern wird.

Die „wertegeleitete Außenpolitik“ ist die größte Heuchelei, die sich diese Regierung leistet. Alle diese schönen Werte wie Freiheit und Demokratie sind schnell vergessen, wenn man mit den lupenreinen Demokraten in Saudi-Arabien redet und ihnen sogar Eurofighter verspricht. Und wie steht es mit dem Verhalten in Afghanistan? Zwanzig Jahre lang hat man viel Geld reingesteckt, um die amerikanische und die deutsche Demokratie dorthin zu exportieren und damit zugleich die deutsche Freiheit – eigentlich ja die Freiheit des obersten Prozents der Bevölkerung – am Hindukusch zu verteidigen. Dann hat der große Bruder plötzlich festgestellt, dass sich die Invasion nicht mehr lohnt und ist Hals über Kopf abgezogen. Wir sind natürlich hinterhergetrabt, wie das so üblich ist. Es gab aber viele Afghanis, die mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten. Von denen hat man die meisten sitzen lassen und sie fürchten jetzt um ihr Leben. Klar, Kollaborateure mag man nicht. Das Tun der deutschen Regierung hinterlässt Spuren: Auf Deutschland kann man sich nicht mehr verlassen, wer sich mit den Deutschen einlässt, ist verraten und verkauft – werden viele Leute in der Dritten Welt sagen. Auch da haben sich unsere Werte plötzlich in Luft aufgelöst.

Können wir uns ein solches Verhalten überhaupt leisten? Solange wir eine florierende Wirtschaft hatten, hat man uns ernst genommen und uns auch einiges verziehen. Aber jetzt sieht die globale Situation anders aus: Bei den Elektroautos müssen wir von den Chinesen lernen, in Shenzhen fahren massenhaft Taxis ohne einen Menschen am Steuer. Darüber wird wenig berichtet. Dafür erfährt man viel über autoritäre Verhältnisse in China - wie als ob wir selbst das egalitärste Gemeinwesen wären, das man sich vorstellen kann. Wenn man über unsere Grenzen hinausschaut, muss man erkennen, dass sich die Gewichte auf der Welt verschoben haben und weiter verschieben: Der Westen mit einem Anteil von 16 % an der Weltbevölkerung kann nicht mehr allein die Regeln bestimmen. Damit ist auch die Zeit der Belehrungen vorbei; der erhobene Zeigefinger der europäischen Moral- und Menschenrechtsapostel wird nicht mehr ernst genommen, erweckt nur noch nachsichtiges Lächeln. Deutschland muss sich mit der neuen Welt arrangieren – das geht nur auf Augenhöhe, wobei man sich wechselseitig nicht belehrt, sondern nach gemeinsamen Interessen sucht. Bis zu Annalena an der Spitze des Auswärtigen Amtes hat sich dies allerdings noch nicht herumgesprochen. Wär' sie doch beim Trampolin geblieben! Da hätte sie Erfolge gehabt und ehrliche Anerkennung bekommen.

Es gibt sie, die Perspektiven: Orientierung auf den Frieden in der Ukraine wie in Gaza, keine Waffenlieferungen, gute Beziehungen zu anderen Ländern ohne



Rücksicht auf ihre innere Struktur, Entwicklung des Handels, Vermittler bei Konflikten.

Und wir sollten aufhören, immer nur das zu wiederholen, was wir in den etablierten Medien hören: Man muss nicht immer von „Unserer freiheitlichen Ordnung“ und „Unserer Gesellschaft“ reden. Man könnte ja auch mal sagen: Diese Ordnung, die wir uns so nicht ausgesucht haben, kennt enorme Ungerechtigkeiten beim Einkommen, beim Vermögen, bei den realen Einflussmöglichkeiten. Das ist keineswegs „*unsere* Ordnung“, sondern eine, die wir bei Beginn unseres Lebens vorgefunden haben. Wir arbeiten an ihrer Umgestaltung – heute, morgen und in der Zukunft.

Vielen Dank!